

Whistleblowing für Menschenrechte

Wie der Flugzeugmechaniker Ben Johnston und die US-Polizistin Kathryn Bolkovac, beide Zivilangestellte in UN-Missionen in Bosnien, den sexuellen Missbrauch von Mädchen und jungen Frauen durch UN-Personal anprangerten und dabei ihren Job verloren.

Der Hintergrund: UN-Schutz- und Hilfstruppen auf dem Balkan

Zum Schutz ihrer Einrichtungen, zur Sicherung des prekären Friedens, zur Etablierung von Recht und Ordnung sind im Auftrag der UNO in Bosnien Hilfstruppen stationiert. Die bunt gemischten, multinational zusammengesetzten Mannschaften sind ein beträchtlicher Wirtschaftsfaktor in der Region. Es ist offensichtlich, dass die Anwesenheit von Tausenden allein stehender, gut bezahlter Männer die Prostitution – und alles, was mit ihr zusammen hängt – besonders üppig florieren lässt. Hinweise auf die unwürdigen und illegalen Folgen der Truppen-Stationierung, die den Einheimischen nicht zuletzt das Funktionieren rechtsstaatlicher und demokratischer Institutionen beispielhaft vorführen sollte, pflegen viele Politiker und Militärs mit einem Achselzucken zu ignorieren.¹

Für Klaus M. Leisingers unternehmensethisches Standardwerk über das Phänomen des Whistleblowings verfasste ich 2002 unter anderen Fallstudien auch die Porträts des Flugzeugmechanikers Ben Johnston und der Polizistin Krythryn Bolkovac, die als Zivilangestellte der UN-Missionen in Bosnien dienten.

Neben regulären Soldaten und Polizisten dienen auf dem Balkan auch zahlreiche von privaten Unternehmen angestellte Zivilisten. Der größte Vertragspartner ist die amerikanische Firma DynCorp, die seit 50 Jahren im Dienst der US-Regierung, vor allem des Außen-, des Justiz- und des Verteidigungsministeriums, Dienstleistungen aller Art übernimmt. Das Unternehmen rekrutiert seine Angestellten – vom Flugzeugmechaniker bis zur Ärztin, vom Polizei-Instruktor bis zum Software-Programmierer – selbst und unterhält an den Einsatzorten eine eigene Infrastruktur.

Marktführer DynCorp und andere Firmen aus der 100-Milliarden-Dollar Branche privater Militär-Dienstleister² machen seit Jahren wegen Gesetzesbrüchen und „schmutziger Tricks“ von sich reden.³ Kritiker werfen ihnen vor, sie ließen sich in fragwürdige Aktionen verwickeln und übernahmen – u.a. in Südamerika – gegen gute Bezahlung auch rechtswidrige Aufträge. In den Internet-Magazinen „Salon“ und „Online Journal“ sind mehrere dieser Fälle

¹ Siehe den Report von Amnesty International über Verbrechen von UNO-Blauhelme in Moçambique, Somalia, Kambodscha, auf dem Balkan, ai-Journal, Januar 2002

² „Salon“, 26.6.2002

³ Uri Dowbenko: Dirty Tricks Inc., The DynCorp – government connection, in: Online Journal, 20.3.2002 www.oline-journal.com/ ; Robert Capps: Outside the law, in: „Salon“, 26.6.2002 www.salon.com/news/feature/2002/06/26/bosnia/index.html Weniger ausführliche Berichte publizierten zahlreiche amerikanischen Tageszeitungen, zum Beispiel Washington Post, 23. 6. 2001

dokumentiert. Die Privatisierung heikler Aufträge, heißt es in den Berichten, ermögliche es der US-Regierung, sowohl den militärischen Ehrenkodex als auch die Regeln der Genfer Konventionen zu umgehen, die nur für reguläre Truppen Geltung haben.

Die Whistleblower: Ben Johnston und Kathryn Bolkovac

Der Texaner Benjamin D. Johnston, 31, diente sechs Jahre – unter anderem in Deutschland – als Helikopter-Mechaniker in der US-Army, bevor er Ende 1998 für drei Jahre beim Militär-Dienstleister DynCorp anheuerte. Er erwartete, dass sich seine Arbeit auf der US-Basis „Camp Comanche“ bei Tusla in Bosnien in ähnlichem Rahmen abspielen würde, wie er es von seiner Zeit bei der Armee gewohnt war. Tatsächlich erhielt er, wie die Soldaten, eine schussichere Weste und einen Helm, er bekam Gefahrenzulage und aß auch in derselben Kantine wie das reguläre Militärpersonal. Bei der Arbeit, allerdings, waren die Unterschiede offensichtlich. Die Arbeitskollegen waren zum größten Teil viel älter; ihre Arbeitsleistung war bescheiden und ihre Disziplinlosigkeit groß. Viele kamen betrunken zur Arbeit. In der Armee habe man für einen Radwechsel bei einem „Black Hawk“-Hubschrauber 45 Minuten gebraucht, in Bosnien dagegen verging dabei der ganze Tag, berichtete Johnston. Der Mechaniker, dessen Ehe während seiner Abwesenheit in Brüche ging, befreundete sich in dem der Garnison am nächsten liegenden Dorf Dubrave mit einer jungen Bosnierin, die er im September 1999 nach muslimischem Ritus heiratete.

Kathryn Bolkovac, 41, Mutter von drei Kindern, stammt aus Lincoln, Nebraska, wo sie als Polizistin arbeitete. Sie ließ sich von DynCorp als Ermittlerin für Menschenrechtsverletzungen (human rights investigator) in der International Police Task Force (IPTF) in Bosnien verpflichten.⁴

Kindersex und Mädchenkauf rund um Camp Comanche in Bosnien

Schon kurz nach seiner Ankunft in Bosnien bemerkte Ben Johnston, dass seine Arbeitskollegen in ihrer Freizeit häufig zwielichtige Bars und Bordelle besuchten. Während der Arbeit drehte sich das Gespräch in erster Linie um die jugendlichen Prostituierten, die dort stunden- oder tageweise zu mieten waren. Wer wollte, konnte sich eine Gespielin für rund 1000 Dollar auch kaufen. Army-Helfer diskutierten die Möglichkeit, Freundinnen zum halben Preis weiter zu verhökern, wenn man ihrer überdrüssig würde. Viele der Mädchen, beobachtete Johnston, waren junge Teenager. Sie stammten nicht aus der Gegend, sondern waren aus Russland, Rumänien, Moldawien oder anderen armen Ländern Osteuropas nach Bosnien gelockt oder verschleppt worden. Beschafft wurden sie, behauptete Johnson, „von DynCorp und der serbischen Mafia“.⁵

Als sich ein über 60jähriger DynCorp-Angestellter damit brüstete, sein Girl sei „keinen Tag älter als zwölf“, alarmierte Johnston seine Vorgesetzten. Als dies nichts half, ging er im Frühling 2000 mit seinem Kollegen Kevin Werner, der selbst einschlägige Erfahrungen gemacht und sich eine junge

⁴ Daily Telegraph, 25.4.2002

⁵ Kelly Patricia O'Meara: DynCorp Disgrace, in: Insight, 14.1.2002

Moldawierin besorgt hatte, zur amerikanischen Militärjustiz (U.S. Army Criminal Investigation Division, CID) und erzählte, was er täglich von seinem Fenster aus auf den Straßen des Dorfes sah: Mädchen, die mit Nachbarkindern spielten, während ihre Besitzer sie beaufsichtigten. Johnston berichtete von einem 180 Kilo-Mann, der auch während der Arbeit ununterbrochen Cheesburger aß und „alle fünf Minuten einschlummerte“. Dieser Kollege hatte sich ein Mädchen gekauft, das nicht einmal 14 war. „Es macht mich krank einen 45jährigen, 180-Kilo-Mann zu sehen, der mit einem kleinen Mädchen Sex hat.“⁶

Am 2. Juni machten Angehörige der US-Militärpolizei im Camp Comanche eine Razzia und verhörten die DynCorp-Angestellten. Im Lauf dieser Untersuchung kam heraus, dass Johnstons Vorgesetzte, die er vergeblich auf die skandalösen Zustände aufmerksam machte, selbst in den Mädchenhandel verwickelt waren. Einer von ihnen, John Hirtz, hatte sich selbst beim Sex mit zwei jungen Mädchen auf Video aufgenommen. Er bekam die Liebesdienerinnen umsonst und führte als Gegenleistung neu angekommenes DynCorp-Personal in den Bordellen ein. Wenn einer seiner Angestellten das Land verließ, sorgte Hirtz dafür, dass er seine Schulden bei der serbischen Mafia beglichen hatte, berichtete Johnston: „Die DynCorp-Führung steckte zu 100 Prozent mit der Mafia unter einer Decke.“ Hirtz, dem auch Vergewaltigung vorgeworfen wurde, verlor seinen Job und wurde nach Hause geschickt. Eine Strafverfolgung hat er nicht zu befürchten.

Mitte Mai 2000, nach Beginn der Untersuchungen der CID, erhielt Johnston die Kündigung. DynCorp Manager begründeten die Entlassung mit dem zu hohen Personalbestand auf dem Stützpunkt Camp Comanche. Dass sie gerade Johnston als überzählig ausgemacht hatte, begründete die Firma mit Unzulänglichkeiten des Angestellten: Er sei mit dem Helikopter-Typ „Big Hawk“ zu wenig vertraut gewesen und habe mit einer Bosnierin (seiner Frau) zusammen gelebt. Außerdem habe er versucht in Dubrave eine eigene Geschäftstätigkeit aufzubauen. Johnston bestritt alle Vorwürfe.

Mädchenhandel von UN-Polizisten und NATO-Soldaten

Ähnliche Erfahrungen wie Ben Johnston machte auch die als Ermittlerin von Menschenrechts-Verletzungen im Auftrag der DynCorp in Bosnien tätige Ex-Polizistin Kathryn Bolkovac. Wie Johnston berichtete sie ihre Beobachtungen über die Verfehlungen von UN-Personal zuerst intern, indem sie in 50 Emails Manager von DynCorp, Funktionäre von UNO und IPTF alarmierte. Auch Jacques Klein, der Vertreter von UN-Generalsekretär Kofi Annan in Bosnien, erhielt die Informationen. Darin beschrieb Bolkovac die verzweifelte Lage der vom Menschenhandel betroffenen Mädchen. Sowohl UN-Polizisten, als auch NATO-Soldaten und Mitarbeiter humanitärer Organisationen beteiligten sich an den menschenverachtenden Praktiken.

Kurz nach ihrem Whistleblowing wurde Bolkovac von Michael Stiers, dem stellvertretenden Chef der UN-Polizisten in Bosnien, die Versetzung angekündigt. Sie habe, warf er ihr vor, mit ihrer Ak-

⁶ Kelly Patricia O'Meara: a.a.O.

tion unprofessionell gehandelt und ihre Prioritäten falsch gesetzt, da sie sich in erster Linie und ethnisch motivierte Gewalt kümmern sollte, die die Stabilität im Land gefährden könnte.⁷

Konsequenzen für Ben Johnston

Johnston verklagte seine Firma in seinem Heimatstaat Texas wegen ungerechtfertigter Kündigung, obwohl er fürchtete, DynCorp könnte sich weiter an ihm rächen oder die Serbenmafia Killer ausschicken. Er sei wütend, dass er seinen Job verloren habe, noch schlimmer finde er aber, wie schamlos sich die Pädophilen in Dubrave aufgeführt hätten, berichtete sein Anwalt. In aller Öffentlichkeit und zum Entsetzen der tugendhaften muslimischen Bevölkerung hätten sie mit ihren Lolitas geschmust.

Zwei Tage vor Prozessbeginn in Fort Worth, Texas, akzeptierte Johnston Anfang August 2002 eine Abfindung von DynCorp, über deren Höhe Stillschweigen vereinbart wurde. Sein Anwalt erklärte, auch wenn der Fall nun nicht vor Gericht verhandelt würde, bedeute das einen Sieg für seinen Mandanten. Der zweijährige Kampf gegen die Firma habe sich gelohnt.⁸

Konsequenzen für Kathryn Bolkovac

Wie Johnston verlor auch Kathryn Bolkovac ihren Job bei DynCorp. Als Grund gab die Firma an, sie habe Spesenrechnungen gefälscht und eigenmächtig Urlaub genommen, um ein Meisterschaftsspiel ihrer Basketball spielenden Tochter in Nebraska zu sehen. Sie bestritt die Spesen-Geschich-

te, der ein Durcheinander in der Administration zugrunde gelegen habe; sie räumte hingegen ein, dass ihr Heimaturlaub von ihren Vorgesetzten nicht abgesegnet gewesen sei.

„Wenn die Mädchen sich weigerten, Freier zu empfangen“, berichtete Kathryn Bolkovac dem britischen Richter über ihre Erfahrungen in Bosnien, „wurden sie eingesperrt und ihnen ausreichende Nahrung und alle Außenkontakte für Tage und sogar für Wochen verweigert. Dann befahl man ihnen, nackt auf den Tischen im Lokal zu tanzen und sich zu den Kunden zu setzen.“ Mädchen, wie weiter renitent blieben, „wurden von den Barbesitzern und ihren Helfern geschlagen und vergewaltigt. Man sagte ihnen, wenn sie zur Polizei gingen, würden sie wegen Prostitution und illegaler Einreise eingesperrt.“ Die US-Polizistin gab überdies zu Protokoll, Mike Stiers, der stellvertretende Leiter der IPTF, habe sich beleidigend über die Opfer der Menschenhändler geäußert, als er meinte: „Das sind ja bloß Huren.“⁹

Ihre Klage gegen die britische DynCorp-Tochter wegen ungerechtfertigter Kündigung, Geschlechter-Diskriminierung und Verletzung von Bestimmungen zum Schutz von Whistleblowern wurde am 6. August 2002 gutgeheissen. „Es gibt keinen Zweifel, dass der Grund für die Kündigung ihre Enthüllungen waren“, sagte der Richter. Die Höhe der Entschädigung wurde im Oktober 2002 in einem separaten Verfahren festgesetzt.¹⁰ DynCorp

⁷ Washington Post, 23.6.2001

⁸ Salon, 6.8.2002

⁹ Daily Telegraph, 25.4.2002

¹⁰ Daily Telegraph, 7.8.2002

wollte das Urteil nicht kommentieren. Ein Sprecher hielt aber fest, dass die Kündigung von Kathryn Bolkovac zu Recht erfolgt sei. Die Firma prüfe einen Rekurs.¹¹

Kommentar

Whistleblowing, das zeigt dieser Fall, kommt in den unterschiedlichsten Kontexten zustande – weil Menschen in den unterschiedlichsten Institutionen illegitim oder gar illegal handeln. Auch dieser Fall zeigt, dass Whistleblower bereit sein müssen, ihre Warnrufe mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes zu bezahlen. Schlimmer noch, wie der Fall des Flugzeugmechanikers Johnston belegt: Sie müssen gewärtigen, von ihrer Arbeitgeberfirma der Rufschädigung beschuldigt zu werden, weil sie Außenstehende – im konkreten Fall: die amerikanische Militärpolizei – informierten. Dass beide Fälle für die Whistleblower einigermmaßen zufrieden stellend ausgingen, ist in erster Linie Folge der breiten, für den Ruf der betroffenen Firma DynCorp gefährlichen Publizität.

Deutlich wird überdies, dass die durch Johnston und Bolkovac ans Licht gebrachten Vergehen weit herum als unvermeidliche Nebenerscheinungen von Armee-Einsätzen betrachtet werden. Prostitution und Mädchenhandel werden auch dann toleriert, wenn ihre Verbindung zur organisierten Kriminalität offensichtlich ist. In Stellungnahmen zum Fall Johnston stellten Verantwortliche der DynCorp die Vergehen ihrer Angestellten sogar als gute Taten von Männern hin, die mit sauer verdientem Geld junge Mädchen aus

den Klauen von Erpressern befreit hätten.

Der dritte, langfristig wichtigste Aspekt, den die öffentliche Empörung der beiden DynCorp-Mitarbeiter bewusst machte, ist das strafrechtliche Vakuum, in dem sich die Verbrechen an den jungen Frauen abspielten. Aufgrund vertraglicher Regelungen genießen UN-Mitarbeiter im Einsatzgebiet Immunität. Soldaten, Polizisten und Zivilangestellte, die krimineller Handlungen überführt werden, lässt die UNO deshalb umgehend in ihre Heimatländer abschieben. Dort sollen sie vor Gericht gestellt werden – falls der Heimatstaat dafür rechtliche Grundlagen hat. In den USA stehen solche Bestimmungen nur auf dem Papier des „Military Extraterritorial Jurisdiction Act“ von 2000, in einem Gesetz, zu dem bisher keine Ausführungsbestimmungen erlassen wurden, wie Martina Vandenberg, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Menschenrechtsorganisation „Human Rights Watch“ bedauerte. Zudem gilt dieses Gesetz nur für Zivilangestellte im Dienste der US-Streitkräfte. Es herrsche, resümierte Vandenberg die Lage, ein „Klima totaler Straffreiheit“.¹²

Daran wird sich so bald kaum etwas ändern, wie im Sommer 2002 die Bemühungen der US-Regierung zeigten, mit möglichst vielen Staaten bilateral zu vereinbaren, dass sie keine US-Bürger an den Internationalen Strafgerichtshof ausliefern. Das gilt nicht nur, wie eine breite Öffentlichkeit glaubt, für Angehörige der Streitkräfte, sondern auch für die Angestellten privater Militär-Dienstleister wie DynCorp.

¹¹ Salon, 6.8.2002

¹² Salon, 6.8.2002

© Jürg Bürgi 2002